

# „Die Straße ist nicht das übliche Instrument“

Tübinger Politikwissenschaftler zweifelt, ob es in Deutschland soziale Unruhen geben wird

**Gewalt als Folge der Finanzkrise ist unwahrscheinlich, sagt Professor Josef Schmid von der Universität Tübingen. Aber die Diskussion um Unruhen hat ihren Zweck: Sie soll den Blick auf die Krisen-Opfer lenken.**

BENJAMIN HECHLER

*Herr Professor Schmid, Politiker warnen derzeit immer wieder vor sozialen Unruhen. Was ist davon zu halten?*

JOSEF SCHMID: Hört man Gesine Schwan und Michael Sommer reden, könnte man fast glauben, dass wir uns in Deutschland derzeit in einer vorrevolutionären Phase befinden würden.

*Drohen uns denn diese politischen Unruhen in der Bundesrepublik oder erwartet uns tatsächlich eine Revolution?*

SCHMID: Wenn man unter sozialen Unruhen mehr versteht als öffentliche Proteste, Verlust an Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Regierung oder gar in die Politik insgesamt, dann sind diese Warnungen wie ich finde übertrieben. Wenn man unter sozialen Unruhen einen weitgehenden Legitimationsverlust des politischen und ökonomischen Systems versteht, dessen Transformation von sehr vielen Menschen auch mit Gewalt angestrebt wird, kann ich mir das derzeit nicht vor-

stellen – weder von heute auf morgen noch mittelfristig.

*Warum liegt dieser Gedanke in Deutschland so fern, in Frankreich etwa gibt es solche Unruhen doch schon.*

SCHMID: Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen ist das System der industriellen Beziehungen hier relativ unabhängig von der Politik und stark an rechtlichen Regeln ausgerichtet. So werden wirtschaftliche Konflikte erst einmal zwischen den Tarifparteien ausgetragen – und zwar in einer stark institutionalisierten Art und Weise.

*Und wenn man sich auf diesem Weg nicht einigt?*

SCHMID: Dann wird eben weiter verhandelt und im Fall der Fälle geklagt. Dann hat sich das Ganze aber schon ziemlich hochgeschraubt. Die Straße ist nicht das übliche Instrument. Das ist auch so in der politischen Kultur bei uns verankert – ganz im Unterschied zu Frankreich.

*Was ist der zweite Grund, der die Leute von der Straße fernhält?*

SCHMID: Die soziale Sicherheit. Trotz aller Angst vor Hartz IV und Kritik am raschen sozialen Abstieg Betroffener federt der Sozialstaat immer noch die wichtigsten sozialen Härten ab. Die sozialen Sicherungssysteme schützen uns etwa vor Obdachlosigkeit. Außerdem kann man beobachten, dass Arbeitslose heute eher resignieren und sich

aus politischen Diskussionen zurückziehen. Auch die Teilnehmerzahlen an den Montagsdemos gegen Hartz IV wie in Tübingen und andernorts halten sich doch sehr in Grenzen.



Josef Schmid:  
Das politische System ist stabil.

*Wie ist die soziale Situation in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern?*

SCHMID: Angesichts einer im internationalen Vergleich immer noch sehr niedrigen Jugendarbeitslosigkeit und eines durchaus leistungsfähigen Systems der beruflichen Bildung sind auch hier die Integrationskräfte hoch.

*Ändert sich da gerade etwas?*

SCHMID: Nicht neu ist, dass es in Krisenzonen oder durch kleinere Gruppen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen kann. Das ist aber schon seit langer Zeit der Fall. Insgesamt schätze ich das System in Deutschland als stabil ein.

*Wie sind dann diese Warnungen vor Unruhen entstanden?*

SCHMID: Viel wichtiger als die Frage, wie sie entstanden sind, ist, was mit diesen Cassandra-Rufen bezweckt wird. Hinter diesen Warnungen steckt auf alle Fälle die begründete Forderung, bei der milliardenverschlingenden Rettung von Banken und Großunternehmen die Menschen, die Opfer der Krise sind, nicht zu vergessen.

*Wie kann man die Opfer der aktuellen Krise denn übersehen oder gar vergessen?*

SCHMID: Böse Zungen reden inzwischen von einem „Finanzsozialismus“ und meinen damit, dass die Sorge und Solidarität des Staates mittlerweile vor allem der kriselnden Finanzwelt gilt, die viel Schutz und noch mehr Geld erhält.

*Aber das soll doch auch Arbeitsplätze retten.*

SCHMID: Da man Geld aber immer noch nur einmal ausgeben kann, wird die durchaus realistische Gefahr gesehen, dass sich damit eine ungerechte und unsoziale Wendung in der deutschen Politik einstellen wird.

*Und der Hinweis auf bevorstehende Unruhen soll darauf aufmerksam machen?*

SCHMID: Ja, aber man kann hinterfragen, ob die Art der Warnung zielführend ist. Dass man auf das angesprochene Problem achten und auch darauf reagieren muss, steht außer Frage.